

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Kreditzinsen - Auslandsinvestitionen -
Rentenversicherung - DDR - Suezkanal**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1975) : Kurz kommentiert: Kreditzinsen - Auslandsinvestitionen - Rentenversicherung - DDR - Suezkanal, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 4, pp. 167-168

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134801>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KURZ KOMMENTIERT

Kreditzinsen

Unverständliche Bankenschele

Im letzten halben Jahr hat die Deutsche Bundesbank den Diskont- und Lombardsatz bereits viermal gesenkt. Die damit beabsichtigte geldpolitische Anpassung an die konjunkturelle Lage soll gezielt die inländische Kreditnachfrage unterstützen. Dadurch soll, neben der Investitionszulage, ein zusätzlicher Investitionsanreiz geschaffen werden.

Tatsächlich führte die Senkung des Diskont- und Lombardsatzes seit November zu erheblichen Zinssenkungen an den Finanzmärkten. Am Rentenmarkt fiel die Umlaufrendite in knapp vier Monaten von 10,9 auf 8,9%. Im Kreditgeschäft der Banken und Sparkassen sanken die Sollzinsen jedoch viel langsamer, was zu einer Auseinandersetzung mit dem Zentralbankrat führte. Nach einer Aussage von Karl Klasen ist diese konjunkturell unerwünschte Rigidität des Sollzinsniveaus ein Zeichen für den mangelnden Wettbewerb der Kreditinstitute untereinander. Trotz der Gegen Darstellungen der Kreditinstitute bleibt bei den wirtschaftspolitischen Instanzen ein gewisses Unbehagen erhalten. Denn gerade in einer Zeit mit einem großen Liquiditätsspielraum im Bankensektor greift der Transmissionsmechanismus einer expansiven geldpolitischen Maßnahme nicht ganz durch.

Für ein Hindernis sorgte aber die Bundesbank selbst. Sie verkaufte im Februar für einige Milliarden DM Offenmarktpapiere an die Banken und entzog ihnen somit einen Teil der Liquidität. Die Unzufriedenheit des Zentralbankrates ist daher nicht ganz verständlich. Sie wäre viel eher bei allen Investoren angebracht, die schon seit einiger Zeit auf billigere Kredite warten, bei denjenigen also, auf die es konjunkturpolitisch ankommt. arr

Auslandsinvestitionen

Abwehr unerwünschter Beteiligungen

Der Verkauf deutscher Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen an Ausländer hat in der Vergangenheit kaum zu größeren Diskussionen geführt und entsprach den Prinzipien einer liberalen Regelung des Kapitalverkehrs. Durch das massive Auftreten der Ölländer als Interessenten für Beteiligungen an führenden westlichen Industrieunternehmen hat dieses Problem jedoch sowohl vom Finanzpotential als auch politisch eine neue Dimension erlangt. Die Bundesregierung hat deshalb Überlegungen angestellt, um

Maßnahmen zur Abwehr unerwünschter Auslandsbeteiligungen zu entwickeln.

Ein entsprechender Gesetzentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums sieht vor, daß sowohl der Erwerber und der Verkäufer als auch die beteiligten Banken den bevorstehenden Wechsel einer Unternehmensbeteiligung bestimmter Größenordnung der Deutschen Bundesbank melden. Der Bundeswirtschaftsminister soll die Möglichkeit erhalten, im Aufgreifverfahren einzelne, besonders bedeutsame Beteiligungsverkäufe zu prüfen und gegebenenfalls zu untersagen. Der Gesetzentwurf sieht allerdings keinen Meldezwang vor, sondern stützt sich auf die bereits erklärte freiwillige Verpflichtung der Wirtschaft zur Zusammenarbeit. Wird das Meldeverfahren nicht eingehalten, so soll der Bundeswirtschaftsminister nach Verkaufsabschluß seinen Vorbehalt geltend machen und das mit der Beteiligung erworbene Stimmrecht beschränken können.

Die mit der Einführung eines solchen Gesetzes verbundenen Schwierigkeiten dürften vor allem in der Formulierung klarer Kriterien für solche Beteiligungsverkäufe liegen, die mit dem nationalen Interesse unvereinbar sind. Als entscheidender Mangel muß das Fehlen einer gesetzlichen Meldepflicht angesehen werden. Zwar würden Kontrollmaßnahmen erheblichen administrativen Aufwand erfordern, doch ist es fraglich, ob die Wirtschaft der freiwilligen Meldepflicht zufriedenstellend nachkommen wird. su

Rentenversicherung

Düstere Aussichten

Vor nicht allzu langer Zeit hörten die Bundesbürger aus dem Arbeitsministerium Beruhigendes: In den nächsten 15 Jahren sollte der Beitrag zur Rentenversicherung von gegenwärtig 18% nicht angehoben werden. Inzwischen zeichnen Experten ein düsteres Bild der Lage und prophezeien Beitragserhöhungen von 2 Prozentpunkten bei gleichzeitig jährlich steigenden Bemessungsgrenzen. Was ist von solchen Hiobsbotschaften zu halten? Aufgrund der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung sind einige Annahmen in den regierungsamtlichen Vorausschätzungen offensichtlich veraltet. So steigen die Löhne und Gehälter und damit auch die Bemessungsgrundlagen nicht so stark wie erwartet (nur um 8% statt um 10,1%), und auch die Beschäftigung wird 1975 gegenüber dem Vorjahr um etwa 1,5% niedriger anzusetzen sein, so daß allein aufgrund dieser Entwicklung mit Beitragsausfällen von über 3 Mrd. DM zu rechnen ist. Dementsprechend werden sich die Rücklagen auf lange Sicht ebenfalls vermindern. Doch selbst in

pessimistischen Rechnungen wird die kritische Grenze von drei Monatsausgaben erst im Jahre 1985 erreicht sein.

Zu bedenken bleibt allerdings, daß in allen Projektionen kontinuierlich steigende Bundeszuschüsse enthalten sind; für das laufende Jahr nahezu 13 Mrd. DM. Da man auch 1976 eine stark angespannte Haushaltsslage erwarten kann, muß befürchtet werden, daß der Finanzminister die Zuschüsse zur Disposition stellt. Die Alternative lautet dann Reduzierung der Zuschüsse oder Steuererhöhungen. Gegenwärtig wird er dies aus naheliegenden Gründen weit von sich weisen. Wenn jedoch die Zuschüsse erheblich niedriger ausfallen, wird das zur Zeit noch ansehnliche Vermögen der Rentenversicherung (1973 über 40 Mrd. DM) bereits vor 1985 auf drei Monatsausgaben zusammenschmelzen. Es spricht einiges dafür, daß 1977 „neue“ Beitragssätze gelten werden. rr

DDR

Ungewisse Westhandelsperspektiven

Die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse stand ganz im Zeichen eines gegenüber den Vorjahren merklich abgekühlten Geschäftsklimas. Ursache dafür dürften weniger die Rezessionserscheinungen in den westlichen Industrieländern als vielmehr die zunehmenden Westhandelsprobleme der DDR gewesen sein. Zum kardinalen Problem entwickelt sich dabei einmal mehr das ständig steigende Westhandelsdefizit der DDR, das sich im Laufe des vergangenen Jahres auf über 10 Mrd. VM (seit 1970) erhöht hat.

Vor diesem Hintergrund dürfte die von offizieller Seite angekündigte Ausweitung des Westhandels den DDR-Wirtschaftsplanern bei dem schon traditionellen Devisenmangel erhebliches Kopfzerbrechen bereiten. Eine Erhöhung der Exporte in den Westen scheint allein wegen der ungünstigen Exportstruktur der DDR zumindest kurzfristig kaum möglich zu sein. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, daß die vorhandenen Produktionskapazitäten in zunehmendem Maße zur Versorgung der Binnennachfrage sowie zur Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den sozialistischen Partnerländern im Rahmen der sozialistischen ökonomischen Integration benötigt werden.

Die u. a. von Außenhandelsminister Sölle auf der Leipziger Messe in Aussicht gestellte Effizienz-erhöhung der DDR-Wirtschaft wird nach Auffassung westlicher Beobachter kaum ausreichen, um auch für den Westhandel größere Spielräume schaffen zu können. Da angesichts des inzwischen erreichten Schuldsaldos eine höhere Außenhandelsverschuldung der DDR – auch aus der Sicht

der westlichen Partner – allmählich an Grenzen stoßen dürfte, wird die DDR kaum um eine Straffung ihrer Westimporte herumkommen, so daß auch von daher keine Belebung des Westhandels zu erwarten ist. Vielleicht bringen die zaghaft anlaufenden Kooperationsverhandlungen mit dem Westen einen Ausweg aus dem Westhandelsdilemma der DDR. hp

Suezkanal

Vom Strukturwandel überholt

Die für Anfang Juni geplante Wiedereröffnung des Suezkanals hat widersprüchliche Spekulationen und Prognosen über seine heutige verkehrswirtschaftliche Bedeutung ausgelöst. Großen Hoffnungen auf ägyptischer Seite stehen skeptische Stimmen vieler Reedereien gegenüber. Kostenvorteile, die aus beträchtlichen Fahrzeitverkürzungen resultieren, und eine zahlenmäßige Steigerung ertragsbringender Rundreisen werden von den Ägyptern als verkehrsschaffende Effekte ins Feld geführt, Hinweise auf die Strukturwandlungen in der Seeschifffahrt, vor allem in Form drastischer Schiffsgrößensteigerungen, bewegen Skeptiker zu ihrer vorsichtig abwartenden Haltung.

In der Tat ist euphorisches Wunschdenken über die wirtschaftliche Bedeutung des Kanals fehl am Platze; die Erwartungen der Ägypter bezüglich der Einnahmen dürften mit 500 Mill. \$ im zweiten Halbjahr 1975 und gar mit 2 Mrd. \$ im Jahre 1976 wohl doch den Rahmen eines realitätsnahen Kalküls sprengen. Denn gerade das einstmalige Rückgrat des Kanalverkehrs, die Tankerfahrt, machte inzwischen eine Entwicklung durch, die den Charakter eines die Schließungszeit überbrückenden Provisoriums weit überschritten hat. Rund zwei Drittel der gesamten Tankschiffstonnage und darüber hinaus zahlreiche Bulk Carrier haben Größenordnungen erreicht, denen die Dimensionen des Kanals mit maximal zulässigen 70 000 tdw in keiner Weise mehr entsprechen.

Andererseits wäre es verfehlt, die Relevanz der neu eröffneten Wasserstraße allzusehr herunterzuspielen. Interessant ist der Kanal immer noch für die – mit heutigen Maßstäben gemessen – kleineren Linien-, Tramp- und Tankschiffe und die Anrainerstaaten des Mittelmeerraumes. Interessant ist er auch partiell für die verladende Wirtschaft, die zu Recht und insbesondere in der Tramp- und Linienfahrt auf Ratensenkungen hoffen kann. Insgesamt gesehen sollten aber diese verkehrswirtschaftlichen Vorteile und Effekte nicht überschätzt werden. Mit einem zukünftigen Anteil von wahrscheinlich rund 4% am Weltseeverkehr gehört jedoch die große Zeit des Kanals unwider- ruflich der Vergangenheit an. wa